

## Sozialpolitisches Manifest 3

Die überraschungsfreien Prognosen für die nächsten 25 Jahre verheißen wenig Gutes: Wenn keine größeren Katastrophen eintreten, werden die strukturellen Veränderungen im sozialen Sektor sich in Grenzen halten. Die bestehenden Tendenzen werden sich verstärken. Die sozialen Ungleichheiten werden anwachsen. Die Armen werden ärmer, die Reichen reicher werden. Allenfalls könnte durch die Finanzkrise des Staates die Sozialpolitik todgespart werden. Ein Strukturbruch würde durch Ökonomisierung und Privatisierung eintreten, wie die Konservativen dies wünschen in Richtung vermehrten Abbaus des Sozialstaates. Die Bedeutung der Sozialberufe für die Lösung sozialer Probleme wird weiter abnehmen. Zu einer Aufwertung kommunaler Sozialarbeit kommt es, da das Bedürfnis nach kleinen, überschaubaren Einheiten verstärkt worden ist. Diese wird jedoch infolge der Finanzkrise der Kommunen an ihre Grenzen stoßen.

Es ergibt sich die Notwendigkeit verstärkter theoretischer Reflexion und neuer Forschungsinitiativen bei gleichzeitiger Forderung nach größerer Praxisnähe der Ausbildung. Dieser scheinbare Widerspruch ist nur durch eine theoriepraxis integrierenden Hochschulreform aufzuheben.

Die Auswirkung der "neuen Steuerungsmodelle" ist ambivalent. Zum einen böte die Entstaatlichung sozialer Aufgaben auch die Chance der Entbürokratisierung und dadurch einer Aufwertung alternativer sozialpolitischer Initiativen; zum anderen stellen diese Steuerungsmodelle Instrumente der verdeckten Mittelkürzung und damit des Sozialabbaus dar. Sozialpolitisches Ziel ist es, in einer Gesellschaft ohne Abhängigkeiten zu leben. Der Staat stellt die Abhängigkeitsverhältnisse her (so auch über Hilfefewährung).

Das Verführerische an der Kundenorientierung, die die Privatisierung in der sozialen Arbeit verheißt, ist das Versprechen der Abwendung von der staatlichen Hegemonie. Andererseits sichert sich jedoch der Staat sein Gewaltmonopol über die Delegation an private Anbieter sozialer Arbeit.

Das Versprechen der Dienstleistungsdebatte liegt darin, einen selbständigen, frei entscheidenden und kundigen Kunden als Partner zu haben. Jedoch ist zwischen Kunden, Klientinnen, Probanden zu unterscheiden. Dies hängt davon ab, in welchem Abhängigkeitsverhältnis er/sie sich befindet.

Allerdings ist zu befürchten, daß durch den Bezug auf den Markt neue, wohl aber gleiche Ausgrenzungsmechanismen produziert werden.

Dies ist im Auge zu behalten, selbst wenn die These geprüft wird, ob die Kundenorientierung ein sozialpolitisch sinnvoller Weg sein könnte. Denn solange die materiellen, rechtlichen, politischen und sozialen Ressourcen ungleich verteilt sind, entsprechend die persönliche Handlungskompetenz eingeschränkt, ist auch die Kundenorientierung unterschiedlich verteilt, bzw. eingeschränkt.

Unter dieser Perspektive läuft die Kundenorientierung auf eine Sozialpolitik hinaus, die individualisiert und zur Entpolitisierung beiträgt. Daher lehnen wir sie ab.

Auch ist überraschungsfrei zu prognostizieren, daß sowohl die Anzahl der alten Menschen im kommenden Vierteljahrhundert ansteigen wird, als auch diejenige von Menschen mit körperlicher Behinderung oder geistigen

Entwicklungsbeeinträchtigungen. Daraus läßt sich ein erhebliches gesellschaftliches Konfliktpotential erwarten. Bereits heute erleben wird die Tendenz von Unter bzw. Fehlversorgung, die sich in Institutionalisierung, eingeschränkte Mobilität, hohe Sedierung durch Pharmaka, Infantilisierung, um nur wenig zu nennen, zum Ausdruck bringt.

Die sozialpolitische Ignoranz in Bezug auf kommende Probleme lässt sich anhand des kürzlich in Kraft getretenen Pflegeversicherungsgesetzes darstellen. Bald zeigte sich, daß anstelle einer verbesserten Versorgung der Pflegebedürftigen durch die Finanzierung von Pflegepersonal mittels dieses Gesetzes Unterversorgung, wie Nichtberücksichtigung wesentlicher Gruppen (z. B. psychisch Behinderter) entstand. Nur mechanistisch meßbare Tätigkeiten werden anerkannt und bezahlt: Mängel, wie diese, entstehen u.a. durch jenes utopische Familienideal, das sich am traditionellen Frauenbild orientiert, und jener Hinneigung zur Wirtschaft, die in der Optimierung durch Kompensation des Zeitfaktors sich darstellt. Diese Ignoranz zeigt sich auch im Verdrängungsmechanismus gegenüber alten, behinderten und versorgungsbedürftigen Gruppen.

Daraus ergeben sich die folgenden Forderungen:

- einer verbesserten Erwachsenenbildung, die sich an den Bedürfnissen der/des Einzelnen orientieren;
- der öffentlichen Förderung aller Maßnahmen betreffs Lernfeldern, die einer Befähigung zum eigenständigen und selbstbestimmten Leben, wie zur Bewältigung aktueller und vorhersehbarer Lebensabschnitte direkt oder indirekt dienen;
- ein erhöhtes Maß an Mitverantwortung, wie ein Recht auf Selbstbestimmung, das in einem engagierten Umgang miteinander resultiert, und eine geschärfte Wahrnehmung für die Bedürfnisse (und deren Artikulation) dieser Bevölkerung herzustellen.

Statt Sozialabbau ist langfristig eine höhere Finanzierung von Hilfen für diese Bevölkerungsgruppen erforderlich, um weiteren sozialen Ungerechtigkeiten entgegen zuwirken.

Zur Forderung nach sozialer Grundsicherung haben wir in den beiden vorhergehenden Sozialpolitischen Manifesten schon so viel geschrieben, daß wir es diesmal lassen. Fest steht, daß ihre Verwirklichung auch in dem Felder der Psychiatrie vieles Ändern würde.

Wie bereits erwähnt, dürfte sich in folgenden Jahrzehnt die sozioökonomische Situation großer Teile der Bevölkerung abermals verschlechtern: mehr Erwerbslose, mehr Sozialhilfeempfangende, mehr Armut, höhere Verschuldung, sozialer Abstieg. Es wäre sinnvoll, eine allmähliche gerechte Umverteilung der Einkommen sicherzustellen. Oder wäre es etwa vorzuziehen, viele Personen wegen des psychosozialen Symptoms "Geldmanie" zu therapieren?

Immer noch müssen wir darauf hinweisen, daß

- ambulante Betreuung (oder wie auch immer) sinnvoller ist als stationäre; der Umgang mit psychosozialen Symptomen gewaltfrei zu erfolgen hat; über diesen Komplex nach wie vor Vorurteile in der Gesamtgesellschaft abzubauen sind;
- der Anspruch auf zumutbare Arbeitsplätze mit "sinnvoller Beschäftigung" aufrechtzuerhalten ist;
- die eindeutige Zuständigkeit für ambulante Hilfen in psychosozialen Bereich zu konstatieren wäre, gefolgt von einer effektiven Umverteilung der finanziellen Mittel;
- die Wahrnehmung der persönlichen Interessen von Menschen, welche von Fehleinweisungen und Fehlbehandlungen in der Psychiatrie betroffen sind, eine Notwendigkeit darstellt (Hierfür wäre auch eine Psychiatrie Stiftung zur Unterstützung dieses Personenkreises sinnvoll);

- psychosoziale Beratung so notwendig ist, daß es noch besser ist, falls diese von erwerbslosen Sozialarbeitenden ehrenamtlich angeboten würde, als ob diese gar nicht geschähe;

- alternative Angebote, wie z.B. Soteria, vermehrt zu erfolgen hätten, begleitet von der entsprechenden Aufklärung;

- der Modellversuch des Weglaufhauses in Berlin endlich starten können sollte, um diese bald flächendeckend einführen zu können.

Betreutes Wohnen erscheint als Lieblingskind in der psychosozialen Versorgung. Es ist in unterschiedlichsten Bereichen angesiedelt betreut werden Jugendliche, Suchtmittelabhängige, alte Menschen, Körperbehinderte, Psychiatrisierte/ Kriminalisierte, HIV-Infizierte, geistig Behinderte, Alleinstehende, Wohnungslose und noch einige weitere Gruppierungen. Entsprechend muß ein solches Angebot so flexibel sein, daß es auf all diese Menschen anwendbar ist und individuell so abstimmbare, daß es die Bedürfnisse aller möglichst erfüllt.

Im Idealfall nimmt ein Mensch auf freiwilliger Basis eine Begleitung in Teilbereichen seines Lebens innerhalb eines bestimmten Lebensabschnittes in Anspruch, kommt es auf Grund einer tragfähigen Beziehung zwischen Betreuendem und betreuter Person über diese Begleitung zur Begegnung zur Emanzipation der betreuten Person.

Zum anderen impliziert der Begriff "Betreuung" defizitäres und abweichendes Verhalten, Krankheit als außer Kontrolle geratener Zustand entsprechend als Ziele, Rehabilitation, berufliche und soziale Eingliederung, Integration. Betreutes Wohnen gerät in die Gefahr, zu einem bloßen Mosaikstein sozialer Versorgung zu werden, der stationäre Aufnahme ersetzen oder verhindern soll. Es fungiert gleichzeitig als Hilfsangebot, rehabilitative Maßnahme und Kontrollsystem. Die Chance der Offenheit wird durch die Macht des Kostenträgers als Entscheidungsträger, etwa durch standardisierte Verfahren, konterkariert.

In den nächsten 25 Jahren darf Betreutes Wohnen nicht auf ein Instrument sozialer Sicherung reduziert, nicht als Kontrollmechanismus abweichenden Verhaltens verstanden werden. Sich seiner Vielfalt besinnend, wird Betreutes Wohnen die Aufgabe haben, die Autonomie des Subjektes zu fördern, und die Nutzenden in seine Planung mit ein zu beziehen.

Die prognostizierbare Verschärfung der Armut zwingt uns, auf neue Felder stärker unser Augenmerk zu richten. Dies gilt auch für die psychosoziale Versorgung. Die sozioökonomische Situation der Psychiatrie-Erfahrenen ist schlecht, die Beratungsangebote zu gering, und, wenn überhaupt vorhanden, von zu geringer Professionalität und zu hoher Schwellenangst gekennzeichnet.

Entsprechend erforderlich ist eine qualifizierte Schuldner und Schuldnerinnenberatung, die einen ganzheitlichen Stil aufweist, und, entsprechend, die Prävention mit ein bezieht.

Mit der ökologischen Steuerreform soll eine verteilungspolitische Lenkungswirkung erreicht werden. Sowohl bezogen auf den Bereich der Wirtschaft, wie auf den der Privathaushalte sollen die Umweltabgaben ökologisch sinnvoll wie auf kommensneutral erfolgen. Dadurch kann Arbeit (hier im bestehenden Sinne als Faktor verstanden) entlastet, mehr Arbeitsplätze geschaffen, Energieeinsparung lukrativ werden. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und von Greenpeace kann dies innerhalb von 10 Jahren bis zu 800.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen führen. Zusammen mit einer darüber hinausgehenden steuerlichen Umverteilung würde ein so unterstützter sozialökologischer Umbau der Gesellschaft diese für den/die Einzelnen sozialverträglicher machen. Allerdings kann die ökologi-

sche Steuerreform nur ein Aspekt von globaler Umverteilung und grundsätzlichem Bewußtseinswandel sein.

Ein anderer Aspekt dieser wäre ein Bewußtsein der grundsätzlich gemeinsamen Verantwortung für den Erhalt des Planeten Erde und für den globalen Gebrauch der Menschenrechte: historisch besteht eine besondere Verantwortung des Nordens gegenüber Ländern des Südens, wie Ostens. Auch sind global gemeinsame Probleme wie Umweltzerstörung, Armut, Kriege, Fluchten und Migrationen langfristig nur gemeinsam zu lösen. Das neue soziale Verständnis von globaler Entwicklung wäre nicht wirtschaftswachstumsorientiert, vielmehr nachhaltig Umwelt orientiert. Doch das Bewußtsein reicht nicht aus, würde es nicht auch die entsprechenden Umsetzungen zur Folge haben:

- Zunächst und dringend jene der Agenda 21 (Unced 1992). Förderung von Basis und Nichtregierungsorganisationen, besonders auch von Frauen und Minderheitengruppen. Langfristig die Demokratisierung der supranationalen Organisationen;
- jene der multiethnischen Realität, bis hin zur Verstärkung der Selbstorganisation der Betroffenen, wie zur gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe und Verantwortung aller Einwandernden;
- Auseinandersetzung über Ursachen und Mechanismen von Diskriminierung und Rassismus, bis hin zur Entwicklung von Gegenstrategien gegen diese, bis hin zu ihrem Abbau; Bekämpfung von Fluchtursachen, sowie Rückkehrprogramme beides indes orientiert an den Kriterien nachhaltiger, menschenorientierter Entwicklung;
- eine Einwanderungspolitik, die gleichzeitig die soziale Lage der Einwanderungsländer und Herkunftsländer berücksichtigt;
- für die Wiederherstellung des Artikels 16a Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz (individueller Asylanspruch) sollen Mehrheiten gewonnen werden. Ersatzweise ist wenigstens das Asylverfahrensgesetz dahingehend zu ändern, daß der Einzelperson eine großzügigere Rechtsposition eingeräumt wird;
- europäisches und internationales Asylrecht sollten sich an jenen Mindeststandards orientieren, wie sie u.a. vom UNHCR, dem Europarat, amnesty international formuliert worden sind;
- Ausdehnung und Verbesserung der Altfallregelung;
- humane Ausreisebestimmungen bei rechtskräftiger Ablehnung von Asyl und Duldung (was die gängige Praxis von Abschiebehaft ausschloß);
- flächendeckender Ausbau des Beratungssystems und der Sprachlernangebote für Flüchtlinge unter Berücksichtigung frauenspezifischer Bedürfnisse;
- bessere Artikulationsmöglichkeiten für Opfer sexuellen Mißbrauchs;
- frauenspezifische Verfolgung muß als Asylgrund anerkannt werden; die offiziellen Länderberichte müssen Aussagen zur Menschenrechtssituation von Frauen enthalten; verstärkte Umsetzung der Sonderregelung für Bürgerkriegsflüchtlinge; allmähliche Erweiterung des Flüchtlingsbegriffs auf Armut und Umweltflüchtlinge; keine Abschiebung von Kriegsdienstverweigerer und Deserteuren;
- Verbesserung der Lebens und Arbeitsbedingungen ausländischer Prostituiertes;
- dem jeweiligen Standard des Einwanderungslandes entsprechende Einschulungsbedingungen mit besonderer sprachlicher Förderung von Asylbewerbern und Flüchtlingen, insbesondere Vermeidung von Sonderschulen;
- Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes, Verbesserung und Kontrolle des Mindeststandards von Flüchtlingsunterkünften, auch im Hinblick auf frauenspezifische Bedürfnisse. Sonderunterbringung von alleinreisenden Frauen;

- grundsätzlicher Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylbewerbende und Flüchtlinge, einschließlich der öffentlichen Kontrolle der Einhaltung tariflicher Arbeitsbedingungen;
- Recht auf gesundheitliche Behandlung auch für illegalisierte Personen.

Armut und mangelnde Bildung korrelieren mit einer schwächeren Position der Frauen, und alle drei wiederum korrelieren mit einem Mangel an Geburtenkontrolle.

auch aus dieser Einsicht heraus ist Armut zu bekämpfen, sind Bildung sowie Gleichstellung der Frau zu fördern. Überraschungsfrei prognostiziert, wird Drogenpolitik ihren Stellenwert verlieren. Zwei Modelle sind denkbar: Es wird kein ganz konservativer Wandel erfolgen (etwa eine Entkriminalisierung, die nicht zur Folge haben wird, daß alles erlaubt ist); gemacht wird, was billig ist ein Pragmatismus nach dem Motto "Entkriminalisierung ist billiger als Therapie." Erforderlich wird sein, daß Drogenhilfe flexibilisiert wird, was ein Ende der "Therapeutischen Kette" als Einbahnstraße mit impliziert.

Gefordert werden in diesem Zusammenhang:

- Pauschalfinanzierung (z.B. über HilfePools);
- Weitere Ausdifferenzierung von Drogenhilfe, etwa Arbeitsprojekte für Substituierte und Wohnprojekte für User;
- eine Prävention, die den Namen verdient.

Eine bloße "Akzeptanz", die dazu neigt, die Identität des Drogenabhängigen als User zu fördern, ist so nicht die Lösung. Hinzutreten hätte die Förderung von Gemeinschaften (um zur subjektiven Sinnggebung beizutragen) etwa durch umfassende Gesundheitsförderung.

Die tiefe Industrialisierungskrise in den industrialisierten Ländern wirkt sich auf die Rahmenbedingungen für Politik aus, so auch in der Kulturarbeit. Der Bankrott öffentlicher Haushalte läßt diese als Bündnispartner für Kultur in Wegfall geraten.

Dabei ist Kultur nicht nur ein sozialpolitisch legitimierter Ansatz der Gemeinwesenarbeit, sondern umfaßt auch künstlerische Medien und Sprache; nicht nur ein Standortfaktor, sondern auch ein Faktor zur Einübung von Sinnwahrnehmung und Auseinandersetzung.

Die Gesamtgesellschaft produziert weltweite Migrationsbewegungen, den Abbau des Sozialstaats, medienbeeinflusste Teilsegmente, ökonomische Verteilungskämpfe. In diesem Kontext ist Kultur zwar begründungsnotwendig, aber begründungsfähig. die Neubewertung der kulturpolitischen Ansätze der bislang letzten Jahrzehnte, ihrer Erfolge und Mißerfolge, ist hierbei der erste Schritt. Zu den nächsten gehören Stiftungsgründungen, Produzierendenförderungen-, neu überdachte soziokulturelle Betätigungsfelder, Selbsthilfegruppen, je neue Identifikationsmöglichkeiten. Der Umstand der Migrationsbewegungen erfordert neue Integrationskonzepte unter Wahrung der Autonomie, die Anforderungen an Kulturarbeit, Brücken zu schlagen, Begegnungen (statt Verschmelzungen) zu ermöglichen, Anstöße, etwas zu verändern, Chancen geben, Chancenungleichheiten abzubauen. Die Entwicklungen zur segmentierten Gesellschaft erheischen Zielgruppenangebote und kulturelle Kommunikation. Statt Kulturverwaltung ist Kulturgestaltung angesagt: Den Konflikt zwischen den verschiedenen soziokulturellen Milieus organisiert, moderieren, den Dialog zu fördern. Schließlich befindet sich auch die Kultur arbeit im Dilemma zwischen Macht und Staat: Zum einen tendiert sie, auf Grund fraglos schlechter Erfahrungen, von der Good-Förderung zu Dienstleistungsverträgen mit den je Regierenden zum anderen ist es auch ihr aufgegeben, die skizzierten Fallen der Privatisierung zu reflektieren.

Kulturarbeit wird zu einem wichtigen Moment der Sozialarbeit kommender Jahr zehnte, weil sie gesellschaftliche Widersprüche abfedert. Sie wird sich, unter dem

Primat der Kommunikationsangebote, aus Kultur, Medien, Technologie, Internationalismus kombinieren.

Auch gelernt wird in der bestehenden Gesellschaft für die Zukunft oft 20 Jahre lang. Wer könnte mit dieser rechtfertigen, daß jungen Menschen zu ihren Gunsten die Gegenwart geraubt wird?

Das institutionalisierte Bildungssystem entläßt letztere kenntnisreich, aber erfahrungsarm; erwartungsvoll, aber orientierungslos; ungebunden, aber unselbständig; ohne Beziehung zum Gemeinwesen, das sie eigentlich verantwortlich mitgestalten sollen. Wer könnte einen weiteren Ausbau eben dieses Bildungssystems rechtfertigen?

Durch Erziehung und Bildung sollen immer mehr gesellschaftspolitische Probleme gelöst werden. Womit läßt sich dies rechtfertigen angesichts des alltäglichen Scheiterns dieser Bemühungen in unseren niederen und höheren Bildungsanstalten?

Dagegen ist eine Lernkultur zu wünschen, in der - Menschen ihr Recht auf den heutigen Tag entfalten;

- sie das Recht haben, vielfältig, widersprüchlich und eigensinnig zu sein, und nicht ausschließlich an ihren von außen zugeschriebenen Defiziten arbeitend;
- sinnliche Wahrnehmung und ästhetisches Denken ebenso rehabilitiert sind, wie Erinnern, Verweilen und Staunen.

Beispielsweise wird von der Erwachsenenbildung durch den Markt als bestimmendes Paradigma immer stärker die Produktion funktionaler Qualifikationen, von Akzeptanz und mobiler Flexibilität forciert. Ihre Träger verbetrieblichen ganz selbstverständlich nach unternehmerischem Vorbild, und mit ihnen deren Personal. Demgegenüber sind alle Bemühungen zu stärken, das Subjekt, seine selbst initiierten Lernaktivitäten, seine Selbstbestimmung und Selbstermächtigung zu unterstützen gegen die bloße Funktionalisierung für die Belange des Markts. Zu fordern ist demgemäß:

- Die formale Bedeutung institutionalisierter staatlich kontrollierter Bildung ist auf ein Minimum zu begrenzen, um Zeit und Mittel für eigen ständiges Lernen freizusetzen.
- Erfahrungen und Lernorte sind außerhalb der Institutionen zu finden und zu erfinden: in Stadtteilen, Gruppen, Nachbarschaften, auf Reisen, um nur wenig zu nennen.
- Alle Dinge und Menschen sind Lehrende: Die Experten und Spezialistinnen sollen nur antworten, wenn sie gefragt werden.

Selbsthilfe verbindet auf produktive Weise Eigeninteressen und Solidarität.

Ökonomische und soziale Selbsthilfegruppen leiden vor allem an finanziellen Problemen; psychosoziale zusätzlich unter Intoleranz und Stigmatisierung. Der Trend zur Selbsthilfe ist derzeit unaufhaltsam, eine Selbsthilfebewegung existiert derzeit nicht.

Selbsthilfe ersetzt keine sozialstaatlichen Leistungen.

Gesellschaftliche Offensiven durch Selbsthilfe können Erfolg haben (z.B. im Eltern Bereich). Selbsthilfe sollte in der Öffentlichkeit bekannt sein. Der Zugang zur Selbsthilfe sollte freiwillig sein und bleiben. Informationen über Selbsthilfe sollten überall verbreitet werden (unter Achtung des Personenschutzes), auch in Cafés, Kneipen, Geschäften.

Selbsthilfe ersetzt keine sozialstaatlichen Leistungen.

Für Selbsthilfegruppen müssen die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Schwelle zur Selbsthilfe sollte so niedrig wie möglich sein. Selbsthilfe ist möglich auch wenn die Schmerzgrenze noch nicht überschritten ist. Ihr Prinzip ist die Stärkung der vorhandenen Ressourcen. In Selbsthilfegruppen wird produktiver

sozialer Umgang mit persönlichen Problemen geübt; es geht nur wenig um Regression.

Selbsthilfe ersetzt keine sozialstaatlichen Leistungen.

In Selbsthilfegruppen arbeiten Leute, die sich nicht als Opfer ihrer Lage betrachten, sondern als handelnde Subjekte. Das Engagement in ihnen bedeutet die Übernahme von Verantwortung. Selbsthilfegruppen sind nicht nur für Notleidende, sondern auch für Leute, die Spaß an Veränderungen haben. Selbsthilfe ersetzt keine sozialstaatlichen Leistungen.

Was auf der Seite der materiellen Bedingungen Grundsicherung und Umverteilung von Arbeit sind, ist auf der Seite der Subjekte die (Wieder)Gewinnung oder Erhaltung von Handlungsfähigkeit. Dafür ist das Handlungskonzept von Empowerment richtungsweisend. Empowerment ist eine von der US-amerikanischen Bürgerrechts und Frauenbewegung inspirierte Kategorie für eine Form gesellschaftlicher Praxis, mit der die Prozesse einer organisierten Selbstbemächtigung von Menschen auf den Begriff zu bringen sind: Programme und politische Maßnahmen, die es den Leuten möglich machen, die Ressourcen, die ihr Leben betreffen, zu erhalten und zu kontrollieren. Es geht darum, Ohnmacht, Sprachlosigkeit und erlernte Hilflosigkeit ab zulegen, um die Selbstbestimmung der eigenen Lebensbedingungen zu stärken. Das Konzept soll dazu beitragen, daß Menschen sich ermutigen, gemeinsam zu handeln, ihr Selbstbewußtsein und ihre Kompetenzen zu entwickeln und an andere weiter vermitteln, sowie Rahmenbedingungen aufzubauen, die eine solche Entwicklung fördern, bzw. nicht behindern.

Es geht darum, Betroffene selbst zu bemächtigen und sie bei der Beschaffung von Ressourcen zu unterstützen, anstatt dies professionellen Helfern zu überlassen. Letztere sind veranlaßt, Machtpositionen transparent zu machen und sie auch abzubauen unterstellt sie haben sie auch tatsächlich inne. In Zeiten des gesellschaftlichen Verteilungskampfes, der oft genug dramatisch zu Lasten der Verarmten und Ausgegrenzten ausgeht, in welchen um Verteilungsgerechtigkeit und lebenswichtige Ressourcen fachlich und politisch gestritten wird, geht es in diesem Konzept auch um Weiterentwicklung von Professionalität, um fachpolitisches Engagement, um Ressourcenausschöpfung, Durchsetzungschancen, um solidarische Organisationsformen

ohne fachliche Bevormundung. Denn: Jede professionelle Aktivität, der es nicht gelingt, zur Überwindung der "gelernten Hilflosigkeit" beizutragen, wird wirkungslos bleiben. Die Einschätzung der Nebenwirkungen auch des eigenen Handelns zählt zu ihren Aufgaben. Eine Grundvoraussetzung dafür ist es, mehr Verständnis für die Bedeutung und den Eigensinn von selbstorganisierten Prozessen als gesellschaftspolitische Lernfelder und die praktische Nutzung der organisationsbildenden Kraft von Konflikten zu entwickeln und Machtpositionen genau zu analysieren.

Hierbei kann das Prinzip der Selbstorganisation auch dort Wirksamkeit erlangen, wo die Voraussetzungen dafür gesellschaftlich höchst ungünstig sind. Gezielte sozialpolitische Strategien werden dafür zu entwickeln sein, wie auch hier durch gezielte professionelle Ressourcenschöpfung Möglichkeiten von selbstorganisierten Initiativen angestoßen und systematisch gefördert werden könnten.

Paradoxerweise haben also die Handelnden gleichzeitig Machtpositionen herauszubilden, gleichzeitig diese wieder an andere abzugeben: der Doppelcharakter des Empowermentkonzeptes. Dies kann, sofern Kompetenzen entwickelt werden, sich auf die lokale Ökonomie beziehen, auf den Wohnungsmarkt,

auf Netzwerkarbeit. Gleichzeitig erweitern die Handlungsgrundsätze von Community Organizing und Education Popular das methodische Repertoire eine Entwicklungsaufgabe, die Wissenschaft und Praxis nur gemeinsam lösen werden können.

Abzuschließen ist 1995 das Sozialpolitische Manifest mit einem Praxisvorschlag der AG "Widerstand gegen den Sozialabbau":

Beim Treffen des Aktionsbündnisses gegen die Sozialleistungskürzungen wurde beschlossen, eine Kampagne zu starten. Thema ist konkret die Verhinderung der BSHG-Deform mit den inhaltlichen Schwerpunkten Lohnabstandsgebot und Hilfen zur Arbeit/Zwangsarbeit. Dazu gibt es ein Organisationsteam, das sich am 15.12, 12:15 Uhr in Frankfurt treffen wird. Das Treffen des Aktionsbündnisses wird am 10.2.1996 beim Bundes treffen der Sozialhilfeinitiativen in Osnabrück stattfinden. Zu den genannten Themen, wie zum Zeitplan der Gesetzgebung, werden Papiere erarbeitet. Weiters werden Verbände und Initiativen aufgefordert, vielfältige Aktionen durchzuführen, bei Abgeordneten zu intervenieren, etc. Ein gemeinsamer dezentraler Aktionstag wird angestrebt. Alle Initiativen und Zusammenschlüsse (auch die AG SPAK und die Teilnehmenden am Sozialpolitischen Forum) sind aufgefordert, diese Kampagne zu unterstützen.

Verabschiedet vom SOZIALPOLITISCHEN FORUM 1995 der AG SPAK und Sozialpolitischen Gesellschaft am 3. Dezember 1995 in Kassel.